Wirtschaft 2045 - GreenTech als Wachstumstreiber nutzen, Technologiesouveränität stärken

Drucksache **21/4754** · eingebracht 2026-03-17 — Antragsteller: **GRÜNE**

Klimaschutz | Industriepolitik | Digitalisierung | Europa | Soziale Gerechtigkeit

ZUSAMMENFASSUNG

Der Antrag fordert eine strategische, EU-koordinierte Förderung der GreenTech-Branche als zentralen Wachstumsmotor bis 2045, um Klimaziele zu erreichen, Technologiesouveränität zu stärken und gute Arbeitsplätze zu sichern.

KERNFORDERUNGEN

- Steigerung des GreenTech-Anteils an der Bruttowertschöpfung auf 20 % bis 2045
- Nutzung öffentlicher Beschaffung als Leitmarktinstrument mit Nachhaltigkeitskriterien
- Stärkung europäischer Wertschöpfungsketten bei Batterien, Halbleitern, KI und Wasserstoff
- Rechtliche Absicherung von Souveränität (z. B. Fernzugriff auf Windanlagen)
- Systematischer Wissenstransfer und Innovationsökosysteme

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verbindet ökologische Nachhaltigkeit mit sozialer Gerechtigkeit und Transparenz & Mitbestimmung durch Fokus auf fairen Wettbewerb, Fachkräftesicherung, Handwerk, Bürgerbeteiligung (z. B. via Rechenzentrenstrategie) und kritischer Infrastruktur. Er fördert Solidarität durch EU-weite Leitmarktpolitik und Menschenwürde durch Menschenrechte in der Rohstoffpolitik. Lediglich die technologieoffene Energieforschung (z. B. Kernkraft) bleibt unberücksichtigt — ein bewusster Ausschluss, der aber kein negatives Feld erzeugt, da nicht thematisiert.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- klare Verbindung von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum
- starke EU- und Industriepolitik mit konkreten Zielen (40%-Ziel, CRMA)
- Fokus auf soziale Dimension (Fachkräfte, Handwerk, gute Arbeit)
- konsequente Integration von Digital- und Green-Souveränität

Schwächen

- keine explizite Berücksichtigung von Gemeinwohl-Ökonomie-Kriterien in Vergaben
- fehlende Verankerung von Demokratie- und Mitbestimmungszielen jenseits technischer Regulation
- keine Erwähnung von Gemeinwohl-Bilanzierung oder -Zertifizierung für GreenTech-Unternehmen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	·	·	++	·	·
B · FINANZEN	·	·	++	·	·
C · VERWALTUNG	·	·	·	·	++
D · BÜRGER:INNEN	++	·	++	++	·
E · GESELLSCHAFT & NATUR	·	·	·	·	·

++ stark fördernd + fördernd ○ neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D3 **Klimaschutz & Ressourcenschonung** Bewertung: +5

GreenTech als zentrale Klimaschutzstrategie mit konkreten Zielen (2045, 40%-Ziel NZIA, CRMA)

D4 **Soziale öffentliche Leistung** Bewertung: +5

Fachkräftesicherung, Handwerksförderung (Taskforce Gebäudetechnik), gute Arbeit, sozialer Zusammenhalt

A3 **Ökologische Lieferketten** Bewertung: +4

Diversifizierung von Lieferketten, Recyclingfähigkeit, CO_2-Fußabdruck in öffentlicher Beschaffung

B3 **Nachhaltige Haushaltsführung** Bewertung: +4

Strategische Fördermittelverwendung (EIB, ECF, Horizon), Vermeidung von Subventionen für fossile Technologien

PROGRAMM-TREUE PRO FRAKTION

CDU

WAHLPROGRAMM 6/10

Teilweise Übereinstimmung: CDU betont Technologieoffenheit (Q14), Industriestandort (Q11), Venture Capital (Q12) und Souveränität (Q16). Aber klare Differenz bei Kernkraft: CDU fordert explizit 'Kernenergie der vierten und fünften Generation' (Q14), während der Antrag GreenTech ohne Kernkraft fokussiert. Kein Widerspruch, aber keine volle Übereinstimmung.

> „Technologieoffen und zukunftsfähig. Das bedeutet für uns, breit zu forschen für die beste Form der Energieerzeugung: Brennstoffzelle, Kraftwerke mit klimaneutralen Gasen, Geothermie, Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerke."
> CDU Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, S. 23

PARTEIPROGRAMM 7/10

CDU Grundsatzprogramm betont 'Schöpfungsverantwortung' (Q19), 'Souveränität' (Q16), 'Digitalisierung und KI' (Q17) und 'kritische Infrastrukturen' (Q16) — alles im Antrag adressiert. Keine Erwähnung von Kernkraft im Grundsatzprogramm, daher kein Konflikt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CSU

WAHLPROGRAMM 6/10

Identisch zur CDU: CSU übernimmt deren Programm nahezu wortgleich (Q21–Q25). Gleiche Abwägung bezüglich Technologieoffenheit vs. Kernkraft-Ausschluss.

> „Technologieoffen und zukunftsfähig. Das bedeutet für uns, breit zu forschen für die beste Form der Energieerzeugung: Brennstoffzelle, Kraftwerke mit klimaneutralen Gasen, Geothermie, Kernenergie der vierten und fünften Generation, Small Modular Reactors und Fusionskraftwerke."
> CSU Wahlprogramm Bundestagswahl 2025, S. 23

PARTEIPROGRAMM 7/10

Keine eigenständige CSU-Grundsatzprogramm-Quelle im Index — Bewertung erfolgt analog CDU (gemeinsame Unionspolitik).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM 1/10

Fundamentaler Widerspruch: AfD lehnt Energiewende ab, befürwortet Kohle und Kernkraft (Q2022), lehnt EU-Regulierung wie NZIA ab und ist EU-kritisch (Q2016). Der Antrag setzt auf EU-Integration, Klimaziele und GreenTech — diametral entgegengesetzt.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 1/10

AfD Grundsatzprogramm 2016 lehnt Energiewende ab ('Gegen Energiewende, für Kernkraft und Kohle') und fordert 'EU-Kritik, Euro-Ausstieg' — direkter Widerspruch zu allen EU-Bezügen (NZIA, CID, MFR, ACCTS) im Antrag.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

WAHLPROGRAMM 8/10

Hohe Übereinstimmung: SPD fordert 'Entbürokratisierung des CO2-Grenzausgleichs (CBAM)' (Q27), 'Klimaclub' (Q27), 'Made in Germany bei Technologien des 21. Jahrhunderts' (Q28), 'KI-Förderung mit sozialer Innovation' (Q29) und 'klimaneutrale Wärmeversorgung' (Q30). Alle Kernpunkte des Antrags finden sich im SPD-Wahlprogramm.

> „Wir entbürokratisieren den CO2-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM – Carbon Border Adjustment Mechanism) und ergänzen ihn um eine Exportförderung."
> `SPD Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 11`

PARTEIPROGRAMM 8/10

SPD Hamburger Programm (2007) betont 'ökologische Verantwortung als Teil der Grundwerte' (Q35), 'soziale Marktwirtschaft' (Q32), 'Abschied von Atomkraft' (Q33) — passt exakt zum GreenTech-Fokus ohne Kernkraft. Auch 'geistiges Eigentum schützen' (Q31) deckt sich mit IP-Transferforderungen (Ziffer 23e).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM 10/10

Der Antrag ist wörtlich aus dem Grünen Regierungsprogramm 2025 abgeleitet: 'GreenTech', 'Technologiesouveränität', 'Made in Europe', 'Open-Source-KI', 'Rechenzentren-Nachhaltigkeit', 'Batterie-Airbus', 'Windkraft-Drei-Komponenten-Regel' — alle Begriffe und Ziele sind identisch mit Q1–Q5.

> „BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN 26 Unser Vermögen und unsere Zukunft liegen in klugen Köpfen und einem ambitionierten Forschergeist. Durch eine stärkere Offenheit und Förderung in Schlüsselbereichen wie KI, Quantentechnologie, Mikrochips, Cloud-Computing, klimaneutrale Energielösungen, Biotechnologie und Robotik wollen wir künftig nicht nur mitgestalten, sondern zu den führenden Nationen aufschließen und globale Trends setzen."
> Grüne Regierungsprogramm Bundestagswahl 2025, S. 26

PARTEIPROGRAMM 10/10

Alle Themen finden sich im Grundsatzprogramm 2020: 'planetare Grenzen' (Q7), 'digitale Plattformen regulieren' (Q6), 'Handwerk als Voraussetzung für Stadt der kurzen Wege' (Q10), 'Regionalisierung in kritischen Bereichen' (Q9), 'KI muss Vorurteile abbauen' (Q8).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BSW

WAHLPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM 0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

5/10

Teilweise Übereinstimmung: FDP betont 'Technologieoffenheit' (Q2022), 'Digitalisierung' (Q2022), 'Startup-Förderung' (Q2022). Aber klarer Dissens bei staatlicher Industriepolitik: FDP lehnt 'Verbote' ab (Q2022) und setzt auf 'Marktwirtschaft', nicht auf 'Leitmarktinstrumente' oder 'Made in Europe'-Anforderungen — zentraler Punkt des Antrags (Ziffer 4, 6, 8).

> Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

4/10

FDP Grundsatzprogramm 2012 betont 'freie Marktwirtschaft' (Q2012), 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' (Q2012) — widerspricht dem starken staatlichen Steuerungsanspruch des Antrags (z. B. 'gesetzliche Regelung des Fernzugriffs', 'Verbot von Nicht-EU-Herstellern').

> Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die Vollendung des europäischen Binnenmarktes als wichtigste Exportdestination für deutsche GreenTechs voranzutreiben

> die Vollendung des europäischen Binnenmarktes als fairer, gemeinwohlorientierter Markt voranzutreiben, der soziale Standards, Umweltkriterien und regionale Wertschöpfung verbindlich einfordert

Begründung: Stärkt den GWÖ-Wert 'Solidarität' (B2) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) durch Verknüpfung von Binnenmarkt mit Gemeinwohlkriterien — fehlt aktuell als explizite Zielsetzung.

Vorschlag 2 von 3

Original: die Sicherung kritischer Infrastrukturen beispielsweise vor IT-Angriffen, Spionage und Sabotage auch in ihrer Industriepolitik konsequent mitzudenken

> die Sicherung kritischer Infrastrukturen unter Einbeziehung von Bürger:innenräten und Transparenzberichten vor IT-Angriffen, Spionage und Sabotage auch in ihrer Industriepolitik konsequent mitzudenken

Begründung: Stärkt 'Transparenz & Mitbestimmung' (D5) gemäß GWÖ-Matrix — konkretisiert Partizipation, die im Grünen Wahlprogramm (Q2025, S. 16) als 'Bürger:innenräte' gefordert wird.

Vorschlag 3 von 3

Original: den systematischen Wissenstransfer von der Wissenschaft in die industrielle und gesellschaftliche Anwendung im Bereich GreenTech deutlich zu stärken

> den systematischen Wissenstransfer auch in gemeinwohlorientierte Anwendungen (z. B. kommunale Wärmenetze, gemeinnützige Reparaturinitiativen) deutlich zu stärken

Begründung: Verankert 'Solidarität' (B2) und 'Soziale Gerechtigkeit' (D4) im Transfer — verhindert ausschließliche Kommerzialisierung und stärkt lokale Gemeinwohlökonomie.

Original-Antrag

Drucksache 21/4754

Wirtschaft 2045 - GreenTech als Wachstumstreiber nutzen, Technologiesouv·

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Deutscher Bundestag **Drucksache 21/4754**

21. Wahlperiode 17.03.2026

Antrag

der Abgeordneten Dr. Sandra Detzer, Julian Joswig, Ayse Asar, Katharina Beck, Chantal Kopf, Ricarda Lang, Boris Mijatović, Schahina Gambir, Rebecca Lenhard, Claudia Müller, Dr. Konstantin von Notz, Dr. Alaa Alhamwi, Michael Kellner, Sandra Stein, Katrin Uhlig, Dr. Andreas Audretsch, Dr. Andrea Lübcke, Claudia Roth, Dr. Sebastian Schäfer und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Wirtschaft 2045 – GreenTech als Wachstumstreiber nutzen, Technologiesouveränität stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Phase tiefgreifender Veränderung. Die Megatrends der Dekarbonisierung und der Digitalisierung fegen über alte Geschäftsmodelle hinweg und bieten zugleich enorme Chancen. Gleichzeitig nehmen die geopolitischen Verschiebungen zu: Die USA setzen auf Protektionismus und China verbindet seinen geopolitischen Machtanspruch mit strategischer Industriepolitik.

Die Green-Tech-Branche beweist, dass deutsche Unternehmen und ihre Beschäftigten nach wie vor hoch innovativ und stark sind. Nach dem GreenTech-Atlas des Umweltbundesamtes 2025 hat sich die Branche im vergangenen Jahr zu einem der relevantesten Wachstumsfelder der deutschen Wirtschaft entwickelt, dort arbeiten rund 7,5 Prozent und damit 3,4 Millionen der deutschen Erwerbstätigen, 9 Prozent der Bruttowertschöpfung und mehr als 8 Prozent der Exporte sind auf diese Branche zurückzuführen.[1] Die Bruttowertschöpfung der Branche[2] belief sich im Jahr 2023 auf 314 Milliarden Euro. Sie ist mit durchschnittlich 5 Prozent Wachstum pro Jahr seit 2010 wesentlich dynamischer als andere Teile der deutschen Wirtschaft. Der globale Markt für GreenTech wächst rasant, mit etwa 40 Prozent der Green-Tech-Patente sind deutsche und europäische Unternehmen weltweit führend.

Auch das Marktpotenzial ist immens: Nach einer Analyse von McKinsey & Company könnten die weltweiten jährlichen Investitionen in GreenTech bis 2035 rund 5 Billio-

---

[1] Umweltbundesamt (30.06.2025): GreenTech made in Germany 2025, www.umweltbundesamt.de/themen/wirtschaft-konsum/wirtschaft-umwelt/wirtschaft-fuer-umwelt-klimaschutz/greentech-atlas-2025#greentech-made-in-germany-weiterhin-stark-gefragt.

[2] Die im GreenTech-Atlas verwendete Definition der Branche umfasst die Produkte und Dienstleistungen der Kreislaufwirtschaft, Energieeffizienz, erneuerbare Energiesysteme, Minderungs- und Schutztechnologien, nachhaltige Forst- und Landwirtschaft, umweltfreundliche Mobilität sowie die Wasserwirtschaft. Der Antrag fokussiert auf diejenigen Technologien und Produkte, die für künftige Wertschöpfungspotentiale und die Resilienz der deutschen Volkswirtschaft die größte Bedeutung haben.

nen Euro erreichen.[3] Umweltfreundliche Technologien haben das Potenzial, 1–2 Prozentpunkte zum globalen BIP beizutragen und weltweit 25–30 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen. Rund 75 Prozent dieser Investitionen sind global umkämpft – Europa konkurriert dabei insbesondere mit den USA und China um industrielle Wertschöpfung, Skalierung und Technologieführerschaft. Die größten Investitionsvolumina entfallen auf Elektromobilität, erneuerbare Energiekomponenten und Stromsysteme – Segmente, in denen Europa über industrielle Kernkompetenzen verfügt, die jedoch schneller skaliert und wettbewerbsfähiger gemacht werden müssen. Nach Daten von Bruegel lag etwa die europäische Batteriezellkapazität im September 2025 bei rund 251 GWh pro Jahr, während die Produktionskapazität für Elektrofahrzeuge etwa 4,6 Millionen Fahrzeuge jährlich beträgt.[4] Die europäische Batterienachfrage lag 2024 bei rund 410 GWh. Während die EU bei Elektrofahrzeugen Nettoexporteur ist, bleibt sie bei Batteriezellen Nettoimporteur.

Neben den Wachstums- und Wertschöpfungspotentialen hat die GreenTech-Branche enormes Potential, die Resilienz und Souveränität der deutschen und europäischen Volkswirtschaft zu stärken. Wer zentrale Komponenten des Energiesystems oder der digitalen Infrastruktur selbst oder mit vertrauensvollen europäischen Partnern produzieren und decken kann, reduziert Abhängigkeiten und ist gut aufgestellt in einem schwierigen geopolitischen Umfeld, das zunehmend von Protektionismus, Aggressivität und Unsicherheit geprägt ist.

Auch für die Stärkung der digitalen Souveränität bieten GreenTechs enorme Chancen: Wer technologische Unabhängigkeit mit Offenheit, Transparenz und Nachhaltigkeit verbindet, schafft Vertrauen, schützt Grundrechte und stärkt die Innovationskraft kleiner und mittlerer Unternehmen. Europas Stärke liegt in seiner Fähigkeit, Kooperation und Gemeinwohlorientierung mit technologischer Exzellenz zu verbinden.

Und ebenso zentral: Vor dem Hintergrund der zunehmenden Dreifachkrise aus Klimakrise, Umweltverschmutzung und Biodiversitätsverlust sowie internationaler Verpflichtungen wie dem Pariser Klimaabkommen ist die Förderung von GreenTech entscheidend, um die vereinbarten Ziele zur Emissionsreduktion und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen tatsächlich zu erreichen.

Deshalb ist es richtig, dass die Europäische Kommission zusammen mit dem Europäischen Parlament konkrete Schritte eingeleitet hat, GreenTech in der EU zu stärken. Im Rahmen des Clean Industrial Deals (CID) und besonders mit dem Net-Zero Industry Act (NZIA) wurde das Ziel gesetzt, 40 Prozent der Klimatechnologien in der EU zu entwickeln und zu produzieren. Bei der konkreten Umsetzung kommt es aber entscheidend auf die Mitgliedstaaten an. Hier muss die Bundesregierung wesentlich ambitionierter agieren. China erwirtschaftet derzeit schon mehr Umsätze mit dem Export von Klimatechnologien als die USA mit dem Verkauf von Gas und Öl.[5] Mit ihren innovativen Lösungen haben die heimischen Unternehmen alle Chancen, in diesem Wettbewerb zu bestehen – wenn der Wettbewerb fair ist.

Die Bundesregierung hat die GreenTech-Branche bisher sträflich vernachlässigt und mit ihrem Zickzack-Kurs in der Wirtschafts- und Klimapolitik viel Verunsicherung verursacht. Die massive Aufweichung des Gebäudeenergiegesetzes und die Streichung aller Regelungen für erneuerbares Heizen, die Kürzungen bei der Mikroelektronik-Strategie, das Infragestellen der Klimaziele, die Verschleppung der Kraftwerkstrategie oder die mangelnde Fehlerkultur bei Ansiedlungsrückschlägen wie Northvolt haben

---

[3] McKinsey & Company (Oktober 2025): Bold Moves, fast scale-up. Europe's path to cleantech competitivess (sic!), www.mckinsey.de/de/~/media/mckinsey/locations/europe%20and%20middle%20east/deutschland/news/presse/2025/2025-11-26%20europes%20cleantech%20competitiveness/mck%20report%20europes%20path%20to%20cleantech%20competitivenessvf.pdf.

[4] Bruegel (16.12.2025): Europe has a solid basis for battery and electric vehicle manufacturing growth, www.bruegel.org/analysis/europe-has-solid-basis-battery-and-electric-vehicle-manufacturing-growth.

[5] Bloomberg (05.10.2025): China Is Beating the US in the Battle for Energy Export Dominance, www.bloomberg.com/news/articles/2025-10-05/china-s-clean-energy-exports-are-beating-us-fossil-fuels.

die Rahmenbedingungen für GreenTech in Deutschland massiv verschlechtert. Mit ihrem Kurs verbessert die Bundesregierung nur die Marktchancen chinesischer Wettbewerber und erleichtert ihnen die Auf- und Überholjagd. Ein entschiedenes und schnelles Handeln der Bundesregierung im Einklang mit den europäischen Zielen ist unabdingbar. Eine aktive und zeitgemäße Industrie- und Wachstumspolitik muss sich darauf fokussieren, die Stärken und die Innovationskraft der deutschen Unternehmen mit den zukünftigen Wertschöpfungsbereichen aktiv und strategisch zu verbinden. Dabei müssen die Dekarbonisierung und Digitalisierung ebenso berücksichtigt werden wie die Ziele von Resilienz und Souveränität. Nur so kann Deutschland und Europa seine Wettbewerbsfähigkeit stärken, sozialen Zusammenhalt sichern und gute Arbeitsplätze erhalten und ausbauen. Besonders GreenTech hat das Potential, die Wettbewerbsfähigkeit, gute Arbeit und gleichzeitig die Widerstandsfähigkeit Deutschland und Europas entscheidend zu stärken und unserer Wirtschaft neue Perspektiven aufzuzeigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Einklang mit den bereits beschlossenen europäischen Zielen des Clean Industrial Deals und Net Zero Industry Acts (NZIA) die Green-Tech-Branche als Wachstumsmotor zu begreifen und sie prioritär zu unterstützen;
2. durch verlässliche Rahmenbedingungen sicherzustellen, dass ihr Anteil an der deutschen Bruttowertschöpfung von aktuell 9 Prozent bis zum Jahr 2045 auf ca. 20 Prozent ansteigt; hierzu ist ein kontinuierlicher Zuwachs des Green-Tech-Anteils von durchschnittlich mindestens 0,5 Prozentpunkten pro Jahr anzustreben, um die im GreenTech-Atlas 2025 aufgezeigten Potentiale von über 620 Milliarden Euro Wertschöpfung voll auszuschöpfen und damit auch die Souveränität der deutschen Volkswirtschaft in einem souveränen und resilienten Europa zu stärken;
3. die Vollendung des europäischen Binnenmarktes als wichtigste Exportdestination für deutsche GreenTechs voranzutreiben;
4. sicherzustellen, dass deutsche und europäische Produzenten von GreenTech faire Wettbewerbsbedingungen (Level-Playing-Field) vorfinden und ihr Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit, Resilienz und Wirtschaftssicherheit gegenüber drittstaatlichen Anbietern Anerkennung findet, beispielweise bei Ausschreibungen und Förderungen; dabei sollten öffentliche Beschaffungen und Förderprogramme stärker als industriepolitische Leitmarktinstrumente genutzt werden, etwa durch die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien wie CO_2-Fußabdruck, Recyclingfähigkeit, Resilienz und Diversifizierung von Lieferketten;
5. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, neue Handelsabkommen nach dem Vorbild des Agreement on Climate Change, Trade and Sustainability (ACCTS) zu schließen, um durch den Abbau von Zöllen und bürokratischen Hürden für Güter aus dem Bereich GreenTech privilegierte Marktzugänge zu schaffen, im beidseitigen Interesse von EU und Partnerländern; dabei sind gezielt Partnerschaften mit Staaten zu stärken, die die grüne Transformation als ökonomisches Erfolgsmodell begreifen, um deutsche Green-Tech-Exporte durch die Kopplung von Handelsvorteilen an Nachhaltigkeitsstandards weltweit noch wettbewerbsfähiger zu machen;
6. die Europäische Kommission bei Regulierungsvorhaben für mehr Resilienz und Wirtschaftssicherheit zu unterstützen und dabei nach dem Prinzip „Diversifizierung vor Made in Europe“ zu verfahren. Made in Europe-Anforderungen und die Idee der Trusted Partners sollten – auch im Green-Tech-Bereich – primär für Komponenten der kritischen Infrastrukturen angewendet werden. Gleichzeitig muss die Bundesregierung ihre Blockade des Industry Accelerator Acts (IAA) aufgeben und beispielsweise harmonisierte FDI-Screenings ermöglichen, um ei-

nen entscheidenden Schritt in Richtung mehr Wirtschaftssicherheit zu ermöglichen;

7. Investoren attraktive Bedingungen durch verlässliche politische Rahmenbedingungen wie die Einhaltung der Klimaziele und konsistente sowie bürokratiearme Regulierung zu bieten und darüber hinaus die Stärkung und Vertiefung der europäischen Kapitalmärkte, zum Beispiel durch den aktiven Einsatz für eine ausgewogene Lösung beim 28. Regime, konsequent voranzutreiben und das Kapital institutioneller Investoren stärker für die Finanzierung von Startups und Scaleups nutzbar zu machen (vgl. BT-Drucksache 21/4269);
8. die Potentiale der Windkraft für Versorgungssicherheit und Klimaneutralität, sowie Beschäftigung und Energiesouveränität zu stärken und bei Ausschreibungen auf die pragmatische Umsetzung der „Drei-Komponenten-Regel“ aus dem NZIA und die Anreizung der europäischen Produktion weiterer Komponenten zu achten;
9. den Fernzugriff auf Windenergieanlagen durch Anlagenhersteller gesetzlich durch entsprechende Bestimmungen im BSIG oder EnWG zu regulieren und für Anlagenhersteller aus Nicht-EU-Staaten die Möglichkeit zur Überprüfung und gegebenenfalls Untersagung des Fernzugriffes zu schaffen;
10. die Elektromobilität in Deutschland zu stärken und die jetzige Förderung von Elektroautos zu modifizieren, dass insbesondere deutsche und europäische Elektroautos gefördert werden;
11. die Solarindustrie in Deutschland gemeinsam mit vertrauenswürdigen internationalen Partnern zu stärken, um die Abhängigkeit von einzelnen Drittstaaten gemäß NZIA auf unter 50 Prozent zu reduzieren und insbesondere bei der nächsten Generation smarter PV-Module die Chance zu nutzen, die Ergebnisse deutscher Spitzenforschung zum Markthochlauf zu bringen beispielsweise durch attraktive Ausschreibungskonditionen bei der öffentlichen Vergabe;
12. mit dem zügigen Aufbau des Wasserstoffkernnetzes den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zu beschleunigen und dabei den Einsatz von europäisch produzierten Komponenten wie Elektrolyseuren attraktiver zu machen. Notwendig ist es, eine verlässliche Nachfrage zu generieren, indem Anreize für Ankerkunden geschaffen und staatliche Mittel zur Realisierung und Absicherung langfristiger Lieferverträge bereitgestellt werden;
13. den Einsatz erneuerbarer Wärme durch Planungssicherheit für Unternehmen und Kunden zu erleichtern und dazu die Regelungen des Gebäudeenergiegesetzes (insbesondere die Vorgabe zu mindestens 65 Prozent erneuerbare Energien im neuen Gebäudemodernisierungsgesetz) beizubehalten. Im Einklang mit dem 40-Prozent-Ziel des NZIA müssen bei Wärmepumpen Anreize zur Verwendung europäisch produzierter Komponenten gesetzt werden;
14. die ökonomischen Potentiale der Kreislaufwirtschaft als Kern einer ressourceneffizienten und resilienten Wirtschaft zu heben und die Marktsegmente von nachhaltig erzeugten nachwachsenden Rohstoffen über den Anlagenbau inklusive Mess-, Steuerungs- und Verfahrenstechnologien bis hin zur Abfallwirtschaft zu unterstützen ebenso wie Installations-, Reparatur- und Beratungsdienstleistungen;
15. die Versorgungssicherheit mit kritischen Rohstoffen als materielle Basis für GreenTech und Technologiesouveränität sicherzustellen und dafür eine nachhaltige Rohstoffpolitik zu verfolgen, die an die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards ausgerichtet ist, auch mit Blick auf das Global Europe-Instrument und die Umsetzung von Global Gateway. Dabei ist die Erreichung der Ziele des Critical Raw Materials Act (CRMA) als absolute Untergrenze zu betrachten, wonach bis 2030 mindestens 25 Prozent des jährlichen Verbrauchs der Union an strategischen Rohstoffen aus heimischem Recycling stammen müssen;

16. sich im nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFR) für eine Mindestüberweisung im Wettbewerbsfähigkeitsfonds (ECF) für die Umsetzung des NZIA einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass die vorgeschlagene Mittelerhöhung für den EFC und das Horizon-Programm mit Eigenmitteln abgesichert wird. Zusätzlich sollten Investitionsanreize für GreenTech durch die Europäische Investitionsbank (EIB) verbessert werden etwa durch die Absicherung von Krediten oder europäische Anlageprodukte;
17. den zügigen Ausbau der Transport- und Verteilnetze als zentrale Infrastruktur einer elektrifizierten und dekarbonisierten Wirtschaft der Zukunft zu unterstützen; die Kosten des Stromnetzausbaus zu senken, zum Beispiel durch Digitalisierung und Flexibilisierung, sowie durch die Bereitstellung von staatlichem Eigenkapital für den Netzausbau;
18. die Standortbedingungen für GreenTech-Produktionen in Deutschland zu verbessern, insbesondere durch wettbewerbsfähige Energiepreise und deutlich effizientere Genehmigungs- und Planungsverfahren für eine „Industrie der Innovation“;
19. die Sicherung der Fachkräfte als operative Basis der Technologiesouveränität prioritär zu unterstützen und hierbei insbesondere die Integrationsleistung der Betriebe und des Handwerks zu würdigen; die Taskforce Gebäudetechnik des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH) zu unterstützen und als Vorbild für weitere Green-Tech-Qualifizierungsoffensiven zu nutzen;
20. die Sicherung kritischer Infrastrukturen beispielsweise vor IT-Angriffen, Spionage und Sabotage auch in ihrer Industriepolitik konsequent mitzudenken und die entsprechenden Gesetze zur Umsetzung von NIS-2- und CER-Gesetzgebung stetig im Lichte aktueller, stark gestiegener Bedrohungslagen weiterzuentwickeln;
21. beim Ausbau der Rechenzentrumsinfrastruktur ambitionierte Nachhaltigkeitsziele festzulegen, um damit grüne Technologien in dieser Boombranche zu fördern. Die Bundesregierung sollte Nachhaltigkeit daher als handlungsleitende Priorität in der Rechenzentrumsstrategie verankern und die geltenden Effizienzvorgaben für Rechenzentren in der anstehenden Novelle des Energieeffizienzgesetzes nicht verwässern;
22. bei der Stärkung der Green-Tech-Branche auch die Enabler-Komponenten wie Halbleiter, Batterien und Künstliche Intelligenz (KI) miteinzubeziehen und dafür entschlossen mit europäischen und internationalen Partnern
    a) die beschlossene Strategie für Mikroelektronik schnellstmöglich umzusetzen, die Kürzungen aus dem laufenden Haushalt rückgängig zu machen und die Ansiedlungspolitik der Vorgängerregierung fortzusetzen, um so die gesamte Wertschöpfungsketten für Halbleiter von der Produktion von Leiterplatten bis zur Montage inklusive des Advanced Packaging aufzubauen, dadurch die Abhängigkeiten von asiatischen Anbietern zu reduzieren und die heimische Wertschöpfung zu stärken;
    b) den Aufbau eines „Batterie-Airbus“ mit europäischen und internationalen Partnern auf den Weg zu bringen, um den Aufbau von Batteriewertschöpfungsketten in Deutschland, Europa und Partnerländern zu unterstützen mit dem Ziel, Technologiesouveränität, Know-how und gute Arbeit zu sichern und kritische einseitige Abhängigkeiten zu begrenzen. Dazu sollte auch möglichst zügig ein europäisches Investitionsprogramm zu Forschung, Entwicklung und Produktion von Batteriezellen und -modulen aufgesetzt werden;
    c) die europäische digitale Wertschöpfung im Bereich Künstliche Intelligenz zu stärken und gezielt die Entwicklung einer ressourcenschonenden, auf europäischen Werten basierenden und Open-Source-KI „Made in Europe“ zu fördern und so auch digitale Abhängigkeiten abzubauen und Europas Souveränität zu stärken;

d) den Aufbau eigenständiger und nachhaltiger digitaler Wertschöpfungsketten und Plattformen in Europa aktiv voranzutreiben – von energieeffizienter digitaler Infrastruktur über ressourcenschonende Hardware und Komponenten bis hin zu Software und KI-Modellen;

e) Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz und Sicherheit als Leitprinzipien digitaler Entwicklung in der deutschen und europäischen Digitalpolitik zu verankern;

23. den systematischen Wissenstransfer von der Wissenschaft in die industrielle und gesellschaftliche Anwendung im Bereich GreenTech deutlich zu stärken sowie leistungsfähige Innovationsökosysteme aufzubauen und weiterzuentwickeln. Dies gelingt, indem

a) Transferstrukturen an Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen gezielt ausgebaut und so ausgerichtet werden, dass sie Skalierung, Standardisierung und Markteinführung von Innovationen wirksam unterstützen;

b) regionale und überregionale Green-Tech-Innovationsökosysteme aus Wissenschaft, Start-ups, kleinen und mittleren Unternehmen, Industrie, öffentlicher Hand und Finanzierungspartnern strategisch gefördert werden, um Forschungsergebnisse schneller in marktfähige Produkte, Dienstleistungen und industrielle Prozesse zu überführen;

c) die Transferförderungen des Bundes und der Länder gemeinsam – sowie auf Bundesebene ressortübergreifend – koordiniert und verzahnt werden und Antragsbürokratie vereinfacht und abgebaut wird;

d) der Zugang insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen sowie Start-ups zu Forschungsergebnissen, Test- und Demonstrationsinfrastrukturen, Daten und geistigem Eigentum entlang klarer rechtlicher Vorgaben erleichtert wird, um Innovationszyklen zu verkürzen und die technologische Souveränität Deutschlands und Europas zu stärken;

e) bürokratische Hürden bei Hochschulausgründungen, insbesondere im Bereich des geistigen Eigentums, durch standardisierte und transparente IP-Transfermodelle abgebaut werden;

24. die europäische Forschungs- und Innovationsförderung im Bereich GreenTech gezielt zu hebeln und strategisch zu nutzen, indem

a) nationale Förderinstrumente und Strategien wie die Hightech Agenda Deutschland konsequent mit europäischen Programmen wie Horizon Europe, dem European Research Council (ERC) sowie einem im nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) vorgesehenen europäischen Wettbewerbsfonds verzahnt werden, um kritische Technologien schneller zur industriellen Reife zu führen;

b) deutsche Akteure aus Wissenschaft, Industrie, Start-ups und öffentlicher Hand bei der Beteiligung an europäischen Forschungs- und Innovationsprojekten systematisch unterstützt werden, um deren Erfolgsquoten zu erhöhen und europäische Wertschöpfungsketten zu stärken.

Berlin, den 17. März 2026

Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co. KG, Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.bundesanzeiger-verlag.de
ISSN 0722-8333